

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Anke Domscheit-Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/5372 –**

### Abschiebungen und Ausreisen 2022

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 11 982 Personen aus Deutschland abgeschoben (2020: 10 800). Die wichtigsten Zielstaaten waren Georgien (1 116), Albanien (904), Serbien (612), Pakistan (513) und Moldau (505). Im Unterschied zu den vorherigen Jahren war kein EU-Staat unter den wichtigsten Zielstaaten der Abschiebungen. Frankreich stand mit 490 Abschiebungen an sechster Stelle (siehe dazu und im Folgenden die regelmäßigen Anfragen der Fraktion DIE LINKE., zuletzt auf den Bundestagsdrucksachen 20/3130, 20/890 und 19/27007).

5 462 Menschen wurden 2021 im Rahmen von Sammelabschiebungen unter Beteiligung der Bundespolizei mit eigens dafür gecharterten Flugzeugen abgeschoben. Das entspricht 46 Prozent aller Abschiebungen 2021. Wie schon im Vorjahr ist damit der relative Anteil der Sammelabschiebungen an allen Abschiebungen gestiegen. 2020 lag dieser Anteil bei 37 Prozent, 2019 noch bei 27 Prozent. 5 394 bzw. 98,8 Prozent der 2021 durchgeführten Sammelabschiebungen wurden durch Frontex finanziert. 23 Abschiebungen wurden 2021 mit sogenannten Mini-Chartern für bis zu vier Personen vollzogen. Nach Angaben der Bundesregierung ist der Einsatz von „Mini-Chartern“ seit 2017 dokumentiert, es sei aber davon auszugehen, dass diese auch schon zuvor genutzt wurden. Die Nutzung dieser Flüge richte sich sowohl nach Vorgaben der Zielstaaten als auch nach den Bedarfen der Landesbehörden. Von der Bundesregierung veröffentlichte Zahlen zeigen, dass „Mini-Charter“ zeitweise besonders häufig bei Abschiebungen in die Türkei genutzt wurden (2020: 8 von 14 Flügen, 2019: 9 von 21 Flügen). Auch bei Dublin-Abschiebungen kamen die „Mini-Charter“ in einigen Jahren vermehrt zum Einsatz (2019: 32 Flüge, 2018: 10 Flüge).

In 716 Fällen setzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte 2021 während Abschiebungen sogenannte Hilfsmittel der körperlichen Gewalt ein. Darunter werden Hand- und Fußfesseln, Stahlfesseln und sogenannte Bodycuffs verstanden. Es fällt auf, dass polizeiliche Gewaltmittel bei Abschiebungen in bestimmte Länder verstärkt oder sogar regelmäßig angewendet werden. So erfolgten 25 von 30 Abschiebungen in den Senegal unter Anwendung polizeilicher Gewaltmittel (83 Prozent), beim Zielstaat Algerien waren es 64 von 80 Abschiebungen (80 Prozent), bei Äthiopien 17 von 26 Abschiebungen

(65 Prozent), während im Allgemeinen Hilfsmittel der körperlichen Gewalt „nur“ in 6 Prozent aller Abschiebungen angewandt wurden. Ein hoher Wert ergibt sich auch für die Zielstaaten Nigeria, Afghanistan und Ghana.

Die Bundesregierung aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP weigert sich ebenso wie die Vorgängerregierung aus CDU/CSU und SPD, die Frage nach den wichtigsten Fluggesellschaften, mit denen Abschiebungen vollzogen wurden, offen zu beantworten. Es bestehe die Gefahr öffentlicher Kritik und einer dadurch zurückgehenden Bereitschaft der Unternehmen, an Abschiebungen mitzuwirken. Die Fraktion DIE LINKE. hat die mit der Einstufung dieser Angaben aus ihrer Sicht verbundene Einschränkung des parlamentarischen Fragerechts mehrfach kritisiert (Bundestagsdrucksache 19/29954 sowie <https://www.ulla-jelpke.de/2021/05/stoppt-den-profit-mit-abschiebungen/>). Bis 2019 hatte die damalige Bundesregierung noch Angaben zu den Fluggesellschaften gemacht. In den Jahren von 2017 bis 2019 lag jeweils die Lufthansa auf Platz 1 der Abschiebetransporteur (Antwort zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 19/18201). Für das Jahr 2020 machte die Initiative „No Border Assembly“ (<https://noborderassembly.blackblogs.org/de/zensur-brechen/>) Angaben zu „den größten Charter-Abschiebe-Profiteuren in Deutschland“, die allerdings nur Charter-Abschiebungen erfassen (Angaben für das Jahr 2021: <https://deportationalarm.com/>; siehe auch <https://taz.de/Umstritten-e-Abschiebepolitik/!5865691/>).

#### 1. Wie viele Abschiebungen gab es 2022?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Zeitraum von 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 12 945 Personen abgeschoben worden.

##### a) Wie viele Abschiebungen gab es 2022, differenziert nach Zielländern?

Die Angaben zu den Zielstaaten kann der Tabelle entnommen werden.

Zielstaaten	Anzahl abgeschobener Personen
Ägypten	53
Albanien	846
Algerien	402
Argentinien	3
Armenien	142
Aserbaidshjan	189
Äthiopien	5
Australien	1
Bangladesch	81
Belgien	142
Benin	3
Bosnien-Herzegowina	319
Brasilien	23
Bulgarien	212
Chile	4
China (Volksrep.)	3
Costa Rica	1
Côte d'Ivoire	8
Dänemark	68

Zielstaaten	Anzahl abgeschobener Personen
Dominikanische Republik	4
Ecuador	1
El Salvador	1
Estland	17
Finnland	26
Frankreich	564
Gambia	154
Georgien	908
Ghana	117
Griechenland	86
Großbritannien	4
Guinea	14
Indien	52
Indonesien	1
Irak	77
Iran	33
Irland	2
Island	2
Italien	501
Jamaika	5
Jordanien	25
Kamerun	7
Kasachstan	27
Katar	1
Kenia	15
Kirgisistan	2
Kolumbien	30
Kongo DemRep	4
Kosovo	256
Kroatien	147
Kuba	3
Lettland	87
Libanon	72
Litauen	107
Luxemburg	22
Madagaskar	1
Malaysia	2
Mali	2
Malta	31
Marokko	71
Mauretanien	1
Mauritius	1

Zielstaaten	Anzahl abgeschobener Personen
Moldau	556
Mongolei	14
Montenegro	99
Nepal	2
Neuseeland	1
Niederlande	223
Nigeria	279
Nordmazedonien	807
Norwegen	9
Österreich	570
Pakistan	272
Paraguay	1
Peru	6
Polen	631
Portugal	85
Ruanda	1
Rumänien	388
Russland	46
Schweden	269
Schweiz	147
Senegal	20
Serbien	778
Seychellen	1
Sierra Leone	1
Slowakische Republik	18
Slowenien	103
Somalia	2
Spanien	650
Sri Lanka	38
Südafrika	2
Sudan	11
Tadschikistan	21
Taiwan (Republik China)	1
Tansania	6
Thailand	8
Trinidad und Tobago	1
Tschad	1
Tschechische Republik	52
Tunesien	191
Türkei	515
Ukraine	24
Ungarn	32

Zielstaaten	Anzahl abgeschobener Personen
Usbekistan	15
Venezuela	1
Vereinigte Staaten von Amerika	15
Vietnam	30
Weißrussland	6
Zypern	8

- b) Wie viele Abschiebungen gab es 2022, differenziert nach Staatsangehörigkeit der Betroffenen?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Staatsangehörigkeiten	Anzahl abgeschobener Personen
Afghanistan	732
Ägypten	72
Albanien	878
Algerien	665
Angola	14
Argentinien	3
Armenien	152
Aserbaidshjan	216
Äthiopien	28
Australien	1
Bangladesch	91
Belgien	3
Benin	4
Bosnien-Herzegowina	322
Brasilien	24
Bulgarien	92
Burkina Faso	3
Chile	4
China (Volksrep.)	10
Costa Rica	1
Côte d'Ivoire	40
Dominikanische Republik	6
Dschibuti	1
Ecuador	1
El Salvador	7
Eritrea	42
Estland	3
Frankreich	9
Gambia	209
Georgien	953

Staatsangehörigkeiten	Anzahl abgeschobener Personen
Ghana	126
Griechenland	14
Großbritannien	3
Guinea	141
Guinea-Bissau	11
Indien	94
Indonesien	1
Irak	471
Iran	166
Irland	1
Italien	44
Jamaika	5
Jemen	15
Jordanien	31
Kamerun	29
Kasachstan	25
Kenia	19
Kirgisistan	12
Kolumbien	30
Kongo DemRep	13
Kongo Volksrep	1
Kosovo	262
Kroatien	27
Kuba	4
Kuwait	1
Lettland	34
Libanon	155
Liberia	5
Libyen	53
Litauen	78
Luxemburg	1
Madagaskar	1
Malaysia	2
Mali	21
Marokko	199
Mauretanien	4
Mauritius	1
Moldau	601
Mongolei	28
Montenegro	99
Myanmar	2
Nepal	6
Neuseeland	1

Staatsangehörigkeiten	Anzahl abgeschobener Personen
Niederlande	32
Niger	4
Nigeria	397
Nordmazedonien	810
Österreich	7
Pakistan	369
Palästina	2
Paraguay	1
Peru	7
Philippinen	5
Polen	270
Portugal	8
Ruanda	6
Rumänien	296
Russland	206
Saudi-Arabien	1
Schweden	2
Schweiz	2
Senegal	38
Serbien	795
Seychellen	1
Sierra Leone	10
Slowakische Republik	14
Slowenien	4
Somalia	136
Spanien	12
Sri Lanka	41
staatenlos	12
Südafrika	2
Sudan	33
Südsudan	6
Syrien	707
Tadschikistan	32
Tansania	8
Thailand	12
Togo	7
Trinidad und Tobago	1
Tschad	4
Tschechische Republik	21
Tunesien	248
Türkei	657
Ukraine	45
Ungarn	24

Staatsangehörigkeiten	Anzahl abgeschobener Personen
ungeklärt	96
Usbekistan	15
Venezuela	9
Vereinigte Staaten von Amerika	15
Vietnam	33
Weißrussland	58
Zentralafrikanische Republik	1

- c) Wie viele Abschiebungen gab es 2022, differenziert nach Luft-, Land- und Seeweg?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Art der Grenze	Anzahl abgeschobener Personen
Landweg	2.091
Luftweg	10.777
Seeweg	77

2. Wie viele Frauen wurden 2022 abgeschoben (bitte nach den 15 wichtigsten Zielländern und den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Im Jahr 2022 wurden 2 724 Personen weiblichen Geschlechts abgeschoben. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zielstaaten	Anzahl abgeschobener Personen weiblichen Geschlechts
Gesamt	2.724
davon	
Nordmazedonien	339
Serbien	286
Georgien	234
Moldau	205
Albanien	177
Spanien	169
Frankreich	155
Bosnien-Herzegowina	117
Polen	113
Schweden	77
Aserbajdschan	67
Italien	59
Österreich	56
Armenien	56
Kosovo	42



Staatsangehörigkeiten	Anzahl abgeschobener Personen weiblichen Geschlechts
Gesamt	2.724
davon	
Nordmazedonien	339
Serbien	291
Georgien	240
Moldau	222
Albanien	184
Syrien	169
Afghanistan	136
Bosnien-Herzegowina	119
Irak	106
Aserbaidschan	77
Russland	71
Armenien	58
Türkei	57
Nigeria	56
Iran	48

3. Wie viele Minderjährige wurden 2022 abgeschoben (bitte nach den 15 wichtigsten Zielländern und den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Im Jahr 2022 wurden 2 196 Abschiebungen von Minderjährigen vollzogen. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Zielstaaten	Anzahl abgeschobener Minderjähriger
Gesamt	2.196
davon	
Nordmazedonien	346
Serbien	270
Georgien	186
Albanien	162
Moldau	155
Bosnien-Herzegowina	136
Frankreich	121
Spanien	121
Polen	92
Schweden	60
Aserbaidschan	58
Kroatien	44
Kosovo	37
Italien	33
Österreich	32

Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen
Gesamt	2.196
davon	
Nordmazedonien	346
Serbien	277
Georgien	188
Albanien	166
Moldau	163
Afghanistan	142
Bosnien-Herzegowina	139
Syrien	133
Irak	95
Russland	78
Aserbajdschan	68
Kosovo	39
Türkei	32
Nigeria	30
Iran	30

4. Wie viele Abschiebungen auf dem Luftweg gab es 2022, differenziert nach Abflughäfen und Fluggesellschaften?

Im Jahr 2022 wurden 10 777 Personen auf dem Luftweg abgeschoben. Weitere Angaben können der Tabelle entnommen werden.

Abflughäfen	Anzahl abgeschobener Personen
Flughafen Berlin-Brandenburg	1.424
Flughafen Bremen	3
Flughafen Dortmund	14
Flughafen Düsseldorf	1.618
Flughafen Frankfurt/Main	3.857
Flughafen Hahn	6
Flughafen Hamburg	496
Flughafen Hannover	377
Flughafen Karlsruhe-Baden/Baden	743
Flughafen Köln/Bonn	69
Flughafen Leipzig/Halle	363
Flughafen Memmingen	14
Flughafen München	1.568
Flughafen Stuttgart	225

Hinsichtlich der Beantwortung nach den Fluggesellschaften verweist die Bundesregierung darauf, dass das verfassungsrechtlich verbürgte Frage- und Informationsrecht des Parlaments zwar auf Beantwortung gestellter Fragen in

der Öffentlichkeit hin angelegt ist. Wenn das Informationsinteresse des Parlaments aber auf Auskünfte zielt, die zur Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen nicht öffentlich kundgegeben werden können, sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Formen der Informationsvermittlung zu suchen, die möglichst beiden Interessen Rechnung tragen (vgl. BVerfGE 124, 161 [193]). Im vorliegenden Fall ist die Einstufung der Benennung der Fluggesellschaften als Verschlussache sowohl zur Wahrung von Staatswohlinteressen als auch zur Wahrung berechtigter, grundrechtlich geschützter Interessen der betroffenen Fluggesellschaften notwendig. Eine Veröffentlichung der Fluggesellschaften berührt auch durch Artikel 12 des Grundgesetzes geschützte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dieser Fluggesellschaften und kann sich gegebenenfalls negativ auf die Wahrnehmung dieser Fluggesellschaften in der Öffentlichkeit auswirken. Eine öffentliche Benennung der Fluggesellschaften, die Rückführungsflüge anbieten, birgt die Gefahr, dass diese Unternehmen öffentlicher Kritik ausgesetzt werden und in der Folge für die Beförderung von ausreisepflichtigen Personen in die Heimatländer nicht mehr zur Verfügung stehen. Damit werden Rückführungen weiter erschwert oder sogar nicht mehr möglich, so dass staatliche Interessen an der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes negativ beeinträchtigt werden.

Um gleichwohl dem parlamentarischen Informationsanspruch nachzukommen, ist dieser Teil der Antwort mit dem Geheimhaltungsgrad „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ gemäß § 3 Nummer 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern und für Heimat zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen eingestuft worden.

Er wird in einer gesonderten Anlage\* übermittelt, die nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist.

5. Wie viele Überstellungen im Rahmen der Dublin-Verordnung gab es 2022 (bitte nach Zielstaaten und Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2022 an Mitgliedstaaten	Überstellungen
gesamt	4.158
Belgien	147
Bulgarien	86
Dänemark	44
Estland	10
Finnland	29
Frankreich	598
Griechenland	0
Irland	5
Island	1
Italien	362
Kroatien	95
Lettland	39
Liechtenstein	1
Litauen	26

\* Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

Jahr 2022 an Mitgliedstaaten	Überstellungen
Luxemburg	25
Malta	20
Niederlande	239
Norwegen	7
Österreich	885
Polen	315
Portugal	34
Rumänien	95
Schweden	252
Schweiz	157
Slowakei	5
Slowenien	98
Spanien	549
Tschechien	20
Ungarn	8
Zypern	6

Jahr 2022	Überstellungen
Herkunftsländer	
gesamt	4.158
Afghanistan	785
Syrien, Arabische Republik	465
Irak	397
Algerien	300
Türkei	194
Marokko	164
Russische Föderation	159
Iran, Islamische Republik	140
Guinea	120
Nigeria	114
Pakistan	99
Somalia	91
Indien	88
Ungeklärt	85
Libanon	83
Tunesien	83
Gambia	57
Georgien	49
Moldau, Republik	48
Libyen	46
Belarus	43
Aserbaidschan	32
Elfenbeinküste (Cote d Ivoire)	30
Eritrea	27
Äthiopien	25
Armenien	24
Ägypten	22

Jahr 2022	Überstellungen
Herkunftsländer	
Kamerun	21
Serbien	20
Sudan	20
Ukraine	20
Senegal	17
Staatenlos	17
Tadschikistan	16
Albanien	15
Mali	15
Nordmazedonien	15
Mongolei	14
Jemen	13
Angola	12
Ghana	12
Kongo, Demokratische Republik	12
Guinea-Bissau	11
Sierra Leone	10
Bangladesch	9
Jordanien	8
El Salvador	7
Venezuela	7
Togo	6
Burundi	5
China	5
Kosovo	5
Ruanda	5
Bosnien und Herzegowina	4
Burkina Faso	4
Dschibuti	4
Kasachstan	4
Kirgisistan	4
Nepal	4
Niger	4
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	4
Simbabwe	4
Kenia	3
Mauretanien	3
Nicaragua	3
Tschad	3
Vietnam	3
Kuba	2
Liberia	2
Sri Lanka	2
Thailand	2
Andorra	1
Benin	1

Jahr 2022	Überstellungen
Herkunftsländer	
Haiti	1
Jamaika	1
Kongo	1
Kuwait	1
Montenegro	1
Myanmar	1
Südsudan	1
Tansania, Vereinigte Republik	1
Usbekistan	1
Zentralafrikanische Republik	1

6. Wie viele Zurückschiebungen fanden 2022 statt (bitte nach Flughäfen, Land- und Seegrenzen differenzieren und nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten der Betroffenen aufschlüsseln)?

Im Jahr 2022 wurden 5 149 Zurückschiebungen vollzogen. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Grenzart	Abflughäfen	Anzahl zurückgeschobener Personen
	Landweg	4.978
Luftweg	Flughafen Berlin-Brandenburg	4
	Flughafen Düsseldorf	7
	Flughafen Memmingen	23
	Flughafen Frankfurt/Main	20
	Flughafen Hannover	1
	Flughafen Leipzig/Halle	9
	Flughafen München	75
	Flughafen Niederrhein	1
	Seeweg	31

Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen
Gesamt	5.149
davon	
Syrien	1.971
Türkei	468
Georgien	332
Algerien	274
Afghanistan	226
Moldau	196
Ukraine	177
Tunesien	144

Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen
Marokko	127
Albanien	124
Irak	102
Indien	97
Serbien	79
Russland	42
Vietnam	41

7. Wie viele begleitete und unbegleitete Minderjährige (bitte differenzieren) waren 2022 von Zurückschiebungen betroffen?

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 349 Minderjährige zurückgeschoben. Davon wurden 229 Personen in Begleitung eines Erziehungsberechtigten zurückgeschoben. In den übrigen Fällen erfolgte die Zurückschiebung ohne eine entsprechende Begleitung.

8. In wessen Zuständigkeit erfolgten die Abschiebungen und Zurückschiebungen 2022 (bitte jeweils nach Bund und den einzelnen Bundesländern differenzieren)?

Ab- und Zurückschiebungen erfolgten in der Zuständigkeit der Länder und auch in der Zuständigkeit der Bundespolizei. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Veranlassendes Bundesland	Abschiebungen	Zurückschiebungen
Brandenburg	167	
Berlin	890	
Baden-Württemberg	1.650	
Bayern	2.046	4
Bremen	28	
Hessen	1.018	1
Hamburg	379	
Mecklenburg-Vorpommern	158	
Niedersachsen	789	
Nordrhein-Westfalen	3.118	
Rheinland-Pfalz	576	
Schleswig-Holstein	385	
Saarland	122	
Sachsen	565	
Sachsen-Anhalt	345	
Thüringen	238	
Bundespolizei	471	5.144

9. In wie vielen Fällen wurden 2022 Zwangsgelder gegen Beförderungsunternehmen nach § 63 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) verhängt?

Wie hoch war die Gesamtsumme, wie hoch die durchschnittliche Summe pro Beförderungsunternehmen (bitte auch differenzieren nach Fluggesellschaft, Bus- und Bahnunternehmen, Taxis usw.)?

Im Jahr 2022 wurde in insgesamt 1 158 Fällen ein Zwangsgeld festgesetzt. Die Gesamtsumme der Zwangsgelder betrug 1 499 500 Euro. Die durchschnittliche Summe pro Beförderungsunternehmen lag bei ca. 1 224 Euro.

Die Zwangsgelder wurden ausschließlich gegenüber Luftfahrtunternehmen festgesetzt.

10. Wie viele Personen wurden 2022 im Zuge von Sammelabschiebungen entweder direkt in ihr Herkunftsland oder über Flughäfen anderer EU-Mitgliedstaaten in ihr Herkunftsland abgeschoben, und wie viele Personen wurden 2022 im Zuge von Sammelüberstellungen in andere EU-Staaten überstellt (bitte zwischen Sammelabschiebungen in nationaler Zuständigkeit, Sammelabschiebungen der EU – national und Sammelabschiebungen der EU – gemeinsame Maßnahme mit anderen EU-Staaten differenzieren, die jeweiligen Gesamtjahreszahlen nennen und darüber hinaus die Abschiebungen einzeln mit Datum und Zielland auflisten)?

Im Jahr 2022 wurden 4 062 Personen im Zuge von 110 Sammelchartermaßnahmen direkt in ihr Herkunftsland rückgeführt. Weitere 176 Personen wurden im Zuge von 19 Sammelchartermaßnahmen in andere EU-Staaten überstellt. Folglich wurden 4 238 Personen im Rahmen von 129 Sammelchartermaßnahmen aus Deutschland rückgeführt.

- a) Bei welchem Staat (für Deutschland: Behörde) lag jeweils die Federführung für die Abschiebemaßnahme, und welche Bundesländer waren von deutscher Seite beteiligt?
- c) Wie hoch waren die Kosten der Flüge jeweils, und wer hat die Kosten getragen (bitte auch die Gesamtkosten angeben)?
- d) Wie viele Personen aus welchen Herkunftsstaaten wurden bei den Abschiebemaßnahmen aus Deutschland jeweils abgeschoben (bitte auch die Gesamtzahl der abgeschobenen Personen angeben)?
- e) Wie viele Bundesbeamte wurden als Begleitpersonal auf den jeweiligen Flügen eingesetzt?

Die Angaben zur Beantwortung der Fragen sind in einer Tabelle aufgelistet, welche aufgrund des Umfangs als separate Anlage\* beigefügt ist.

- b) Welche Fluggesellschaften wurden mit der Durchführung der Flüge beauftragt, von welchen deutschen Flughäfen starteten sie bzw. wo machten sie eine Zwischenlandung?

Die Angaben zu den Fluggesellschaften sind der Anlage<sup>1</sup>, die als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft ist, zu entnehmen. Zur Begründung der Einstufung wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Zur Wahrung der Übersichtlichkeit sind die nachfolgend aufgeführten offenen Inhalte zu den Fragen 10a bis 10e in der Anlage\* ebenfalls enthalten.

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/5795 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

<sup>1</sup> Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.



11. Wie viele Personen wurden 2022 mit sogenannten Mini-Charterflügen für maximal vier Personen entweder direkt in ihr Herkunftsland oder über Flughäfen anderer EU-Mitgliedstaaten in ihr Herkunftsland abgeschoben, und wie viele Personen wurden 2022 mit sogenannten Mini-Charterflügen in andere EU-Staaten überstellt (bitte die Gesamtzahlen nennen und die Abschiebeflüge zusätzlich einzeln mit Datum, Abflughafen, Zielstaat, Fluggesellschaft, Zahl der Begleitbeamten, Zahl der abgeschobenen Personen und Flugkosten auflisten)?

In welchem Umfang hat Frontex die Kosten für Mini-Charterabschiebungen 2022 übernommen?

Unter den im Sinne der Fragestellung verwendeten Begriff "Mini-Charterflüge" werden Sammelcharterrückführungsmaßnahmen für bis zu maximal vier Personen subsumiert.

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 24 solcher Flüge durchgeführt, mit denen insgesamt 91 Personen rückgeführt wurden. Die Rückführungen fanden nicht über Flughäfen anderer EU-Mitgliedstaaten statt. Frontex hat als federführende Institution eine Maßnahme organisiert und mit Kosten in Höhe von 20 875 Euro finanziert.

Die Angaben zu den Fluggesellschaften sind der Anlage\*, die als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft ist, zu entnehmen. Zur Begründung der Einstufung wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen. Zur Wahrung der Übersichtlichkeit sind die offenen Inhalte zu der Frage in der Anlage<sup>1</sup> ebenfalls enthalten.

12. Wieso wurden die in der Antwort zu den Fragen 15a bis 15n auf Bundestagsdrucksache 20/3130 aufgelisteten Sammel- bzw. Mini-Charterabschiebungen erst auf explizite Nachfrage der Fragestellerinnen und Fragesteller veröffentlicht und nicht in den Tabellen zu Sammelabschiebungen und Mini-Charterabschiebungen im Jahr 2021 auf Bundestagsdrucksache 20/890 aufgeführt?

In der dezentralen Erfassung der Bundespolizei wurden abweichende Arbeitsbegriffe für sogenannte "Kleincharter" verwendet, was zu einer partiellen Nichtberücksichtigung bei der Auswertung führte. Diese Nichtberücksichtigung wurde im Rahmen der Beantwortung der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/3130 erkannt. Die von Ihnen unter dem Begriff "Minicharter" angefragten Rückführungen auf dem Luftweg wurden in der Beantwortung der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/3130 auf Rückführungsmaßnahmen mittels eines gecharterten Luftfahrzeugs mit einer vorgesehenen maximalen Anzahl von vier rückzuführenden Personen definiert. Diese Definition soll so auch bei zukünftigen Auswertungen genutzt werden.

13. Wie viele der Abschiebungen erfolgten 2022  
a) unbegleitet,

Im Jahr 2022 wurden 6 348 Abschiebungen unbegleitet vollzogen.

\* Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

<sup>1</sup> Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/5795 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

- b) in Begleitung von Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei,

Im Jahr 2022 wurden 4 406 Personen in Begleitung von 8 721 Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei abgeschoben.

- c) in Begleitung von Beamtinnen und Beamten der Länderpolizeien oder anderer Länderbehörden,

Im Jahr 2022 wurden 214 Personen in Begleitung von 397 Beamtinnen und Beamten der Länderpolizeien oder anderer Landesbehörden abgeschoben.

- d) in Begleitung von Sicherheitskräften der Zielstaaten (bitte nach Zielstaaten aufschlüsseln),

Im Jahr 2022 wurden 340 Personen in Begleitung von Sicherheitskräften der Zielstaaten vollzogen. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zielstaaten	Anzahl abgeschobener Personen
Albanien	7
Algerien	316
Bosnien-Herzegowina	4
Iran	1
Montenegro	5
Nordmazedonien	1
Serbien	6

- e) in Begleitung von Sicherheitskräften der Luftverkehrsgesellschaften (bitte nach Fluggesellschaften aufschlüsseln),

und wie viele Beamte der Bundespolizei und der Polizeien der Länder wurden 2022 insgesamt zur Begleitung von Abschiebungen eingesetzt (bitte differenzieren)?

Im Jahr 2022 wurden 1 637 Abschiebungen von Personen in Begleitung von Sicherheitskräften einer Fluggesellschaft vollzogen. Die Angaben zu den Fluggesellschaften sind der Anlage\*, die als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft ist, zu entnehmen. Zur Begründung der Einstufung wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Im Jahr 2022 sind insgesamt 4 620 Personen in Begleitung von 9 118 Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei, Beamtinnen und Beamten der Länderpolizeien oder anderer Landesbehörden abgeschoben wurden.

14. Welche Kosten sind dem Bund 2022 durch die Sicherheitsbegleitung bei Abschiebungen entstanden?

Für die Rückführungen gemäß § 71 Absatz 3 Nummer 1d des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) sind dem Bund im Jahr 2022 Kosten in Höhe von 4 183 000 Euro entstanden.

\* Das Bundesministerium des Innern und für Heimat hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.

15. Wie viele Abschiebungen und wie viele Dublin-Überstellungen (bitte differenzieren) mussten 2022 nach Übergabe an die Bundespolizei abgebrochen werden, und was waren die wichtigsten Gründe hierfür (bitte so darstellen wie in der Tabelle zu Frage 19 auf Bundestagsdrucksache 20/3130)?

Was waren die wichtigsten Zielstaaten der abgebrochenen Abschiebungen und Dublin-Überstellungen, und was waren die wichtigsten Staatsangehörigkeiten der Betroffenen (bitte jeweils die 15 wichtigsten auflisten)?

Im Jahr 2022 wurden ausschließlich Maßnahmen auf dem Luftweg nach Übernahme durch die Bundespolizei abgebrochen. Dublin-Überstellungen erfasst die Bundespolizei nur in den Fällen, in denen die zuständige Behörde die Aufenthaltsbeendigung als Dublin-Überstellung kenntlich macht. Ein Abgleich der Statistiken der Bundespolizei und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfolgt nicht, weshalb es zu Abweichungen von Statistiken kommen kann. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Grund des Abbruchs	Art des Fluges	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Widerstand	Charter	0	0
	Linienflug	256	131
aus medizinischen Gründen	Charter	15	0
	Linienflug	75	33
Selbstverletzung bzw. Versuch, Suizid bzw. Suizidversuch	Charter	0	0
	Linienflug	7	0
Übernahmeverweigerung durch die Bundespolizei	Charter	1	0
	Linienflug	144	81
Beförderungsverweigerung durch Fluggesellschaft bzw. Luftfahrtgesellschaft	Charter	0	0
	Linienflug	206	83
Rechtsmittel	Charter	16	0
	Linienflug	27	2
Übernahmeverweigerung im Zielstaat	Charter	0	0
	Linienflug	4	3
den Flug betreffende Gründe	Charter	0	0
	Linienflug	52	12
fehlendes/ungültiges Heimreisedokument	Charter	2	0
	Linienflug	4	2
fehlendes Begleitpersonal	Charter	0	0
	Linienflug	18	0
Flucht bzw. Fluchtversuch	Charter	0	0
	Linienflug	2	1
fehlende Durchbeförderungsbewilligung	Charter	0	0
	Linienflug	1	0
Übernahmeverweigerung durch staatl. Begleitpersonal	Charter	1	0
	Linienflug	7	0

Grund des Abbruchs	Art des Fluges	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Scheitern während Transitaufenthalt	Charter	0	0
	Linienflug	10	0
sonstige Gründe (Ausnahme)	Charter	2	0
	Linienflug	79	34

Zielstaaten	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Gesamt	929	382
davon		
Spanien	151	130
Türkei	101	0
Algerien	66	0
Italien	64	46
Kroatien	53	51
Rumänien	34	22
Gambia	31	0
Schweden	23	22
Bulgarien	22	8
Portugal	20	15
Armenien	19	0
Bangladesch	18	0
Litauen	17	16
Sri Lanka	16	0
Nigeria	15	0

Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Gesamt	929	382
davon		
Afghanistan	111	109
Türkei	106	4
Syrien	105	60
Algerien	77	10
Irak	60	46
Gambia	38	7
Côte d'Ivoire	30	28
Guinea	30	23
Armenien	24	5
Iran	23	10
Nigeria	22	6
Somalia	22	8
Sri Lanka	19	3
Georgien	18	5
Bangladesch	18	0

16. Wie viele Abschiebungs- und Überstellungsversuche (bitte differenzieren) scheiterten 2022 vor Übergabe an die Bundespolizei (bitte zwischen Stornierung im Vorfeld und nicht erfolgter Zuführung am Flugtag differenzieren)?

Im Jahr 2022 sind 20 106 Abschiebungen auf dem Luftweg vor Übergabe an die Bundespolizei gescheitert. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Grund des Abbruchs	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Gesamt	20.106	4.969
davon		
Stornierung des Ersuchens	13.370	3.603
nicht erfolgte/verspätete Zuführung	6.399	1.285
sonstige Gründe	337	81

17. Gab es 2022 Abschiebungen trotz laufenden Asyl- oder Gerichtsverfahrens oder entgegen einer anders lautenden Gerichtsentscheidung?

Falls ja, durch welche Behörde wurden diese Abschiebungen veranlasst, welche Staatsangehörigkeit hatten die Betroffenen, in welches Land wurden sie abgeschoben, und wurden sie bereits nach Deutschland zurückgeholt?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind im Jahr 2022 keine Abschiebungen durch die Bundespolizei vollzogen worden, in denen rechtzeitig bekannt war, dass ein laufendes Asyl- oder Gerichtsverfahrens oder gar eine anderslautende Gerichtsentscheidung vorlag. Im Übrigen sind die Länder für aufenthaltsbeendende Maßnahmen zuständig.

18. Welche Angaben kann die Bundespolizei dazu machen, wie oft 2022 im Rahmen von Dublin-Überstellungen und Abschiebungen (bitte differenzieren) sogenannte Hilfsmittel der körperlichen Gewalt zum Einsatz kamen (bitte auch nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten der Betroffenen und den 15 wichtigsten Zielstaaten der Abschiebungen aufschlüsseln)?

Im Jahr 2022 sind bei 800 Personen (davon 103 Dublin-Überstellungen) Hilfsmittel der körperlichen Gewalt eingesetzt worden. Die weiteren Angaben können den nachstehenden Tabellen entnommen werden:

Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Gesamt	800	103
davon		
Algerien	336	9
Nigeria	82	3
Gambia	62	4
Marokko	43	5
Tunesien	36	3
Irak	34	7

Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Türkei	31	2
Syrien	25	14
Afghanistan	21	20
Aserbaidschan	13	0
Pakistan	13	0
Ägypten	12	0
Somalia	11	2
Iran	10	5
Guinea	9	5

Zielstaaten	Anzahl Personen	davon Dublin-Überstellungen
Gesamt	800	103
davon		
Algerien	326	0
Nigeria	79	0
Gambia	58	0
Italien	41	32
Marokko	36	0
Spanien	34	33
Tunesien	33	0
Türkei	28	0
Irak	21	0
Bulgarien	16	7
Rumänien	14	6
Pakistan	13	0
Aserbaidschan	13	0
Griechenland	12	8
Moldau	12	0

19. Wie lange haben sich nichtdeutsche Staatsangehörige bzw. abgelehnte Asylsuchende (bitte differenzieren) durchschnittlich im Bundesgebiet aufgehalten, bevor sie im Jahr 2022 abgeschoben wurden (bitte nach Abschiebungen und Dublin-Überstellungen sowie den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren), wie lange hielten sich abgelehnte Asylsuchende durchschnittlich im Bundesgebiet auf, bevor sie im Jahr 2022 ausgereist sind (also abgeschoben wurden oder freiwillig ausgereist sind; bitte nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

Ausländer, welche im Jahr 2022 abgeschoben wurden, hielten sich im Durchschnitt 33 Monate zuvor in Deutschland auf. Bei abgelehnten Asylbewerbern betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer vor einer Abschiebung 38 Monate. Differenzierte Daten zu Dublin-Überstellungen liegen der Bundesregierung nicht vor.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer abgelehnter Asylbewerber, die im Jahr 2022 insgesamt ausgereist sind, betrug 39 Monate. Die Differenzierung nach Staatsangehörigkeiten kann den folgenden Tabellen entnommen werden. Die Auswahl der zehn am stärksten vertretenen Staatsangehörigkeiten bezieht sich dabei auf die Abschiebungsstatistik der Bundespolizei:

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Monaten aller abgeschobenen Ausländer	33
Darunter:	
Afghanistan	7
Albanien	19
Algerien	27
Georgien	16
Irak	18
Moldau (Republik)	12
Nordmazedonien	16
Serbien	38
Syrien	15
Türkei	83

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Monaten abgeschobener abgelehnter Asylbewerber	38
Darunter:	
Afghanistan	16
Albanien	22
Algerien	41
Georgien	18
Irak	38
Moldau (Republik)	11
Nordmazedonien	16
Serbien	37
Syrien	23
Türkei	61

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Monaten abgelehnter Asylbewerber, die im Jahr 2022 insgesamt ausreisten	39
Darunter:	
Afghanistan	55
Albanien	19
Algerien	44

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Monaten abgelehnter Asylbewerber, die im Jahr 2022 insgesamt ausreisen	39
Darunter:	
Georgien	19
Irak	43
Moldau (Republik)	14
Nordmazedonien	14
Serbien	35
Syrien	27
Türkei	73

20. Welche rechtliche oder inhaltliche Bedeutung hat es, wenn die Summe von Abschiebungen und Zurückschiebungen als „Rückführungen“ bezeichnet werden (etwa Antwort zu Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 20/3184), und verwendet die Bundesregierung bzw. verwenden bundesdeutsche Behörden diese Begriffe einheitlich in diesem Sinn oder werden die Begriffe „Abschiebung“ und „Rückführung“ mitunter auch synonym verwandt, und inwieweit kann es hierdurch nach Einschätzung der Bundesregierung zu Missverständnissen bzw. Unklarheiten kommen (bitte ausführen)?

In der Frage 18 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/2955 wurde erbeten, die Zahl der durchgeführten Rückführungen im ersten Halbjahr 2022 mitzuteilen, d. h. der Begriff der Rückführung wurde bereits von den Fragestellern verwendet und war daher bei der Beantwortung der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 20/3184 vorgegeben. Rückführung bedeutet die erzwungene Rückkehr in das Herkunftsland, vgl. auch die Begriffsbestimmung in Artikel 3 Absatz 3 der Rückführungsrichtlinie (Richtlinie 2008/115/EG).

Vollstreckungsrechtliche Maßnahmen zur zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht sind nach dem Aufenthaltsgesetz die Zurückschiebung (§ 57 AufenthG) und die Abschiebung (§ 58 AufenthG). Daher wurde die Summe der Zahlen zu den beiden Zwangsmaßnahmen zugrunde gelegt, um die Frage nach der Zahl der durchgeführten Rückführungen zu beantworten. Da die Zurückschiebung gegenüber der Abschiebung die speziellere und auch zahlenmäßig zweitrangige Maßnahme ist, wird die zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht im allgemeinen Sprachgebrauch öfters nur als Abschiebung bezeichnet. Daher ist es auch nicht auszuschließen, dass auch die Begriffe „Abschiebung“ und „Rückführung“ manchmal synonym verwendet werden. Missverständnisse bzw. Unklarheiten sind nach Kenntnis der Bundesregierung aber bislang nicht entstanden.



21. Wie viele Personen haben Deutschland 2022 mit einer finanziellen Förderung des Bundes (REAG [Reintegration and Emigration Programme for Asylum Seekers in Germany] bzw. GARP [Reintegration and Emigration Programme for Asylum Seekers in Germany]) verlassen (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten, nach Bundesländern und nach Aufenthaltsstatus der Betroffenen vor der Ausreise differenzieren)?

Nachstehend erfolgt die Übersicht der Förderungen durch das Bund-Länder-Programm Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany (REAG)/Government Assisted Repatriation Programme (GARP), differenziert nach den 15 am häufigsten vorkommenden Staatsangehörigkeiten (Staatsangehörigkeit und Herkunftsland können voneinander abweichen).

Aus datenschutzrechtlichen Gründen erfolgt bei Personenzahlen unter zehn Personen die Eintragung „k. A.“ (keine Angabe), um keine Rückschlüsse auf einzelne Personen zu ermöglichen.

	Staatsangehörigkeit	Gesamt
1	Nordmazedonien	1.398
2	Irak	907
3	Albanien	807
4	Georgien	683
5	Serbien	394
6	Russische Föderation	317
7	Bosnien und Herzegowina	268
8	Armenien	258
9	Algerien	250
10	Aserbajdschan	240
11	Türkei	227
12	Moldau, Republik	203
13	Iran, Islamische Republik	200
14	Nigeria	173
15	Tadschikistan	156

Datenquelle: Internationale Organisation für Migration (IOM)

\* Es handelt sich hier um vorläufige Zahlen (Bewilligungen); Stand: 13. Januar 2023.

Freiwillige Ausreisen mit REAG/GARP differenziert nach Ländern*	
Bundesland	Personen
Baden-Württemberg	1.021
Bayern	1.270
Berlin	316
Brandenburg	108
Bremen	155
Hamburg	218
Hessen	437
Mecklenburg-Vorpommern	108
Niedersachsen	878
Nordrhein-Westfalen	2.029
Rheinland-Pfalz	310
Saarland	61
Sachsen	435
Sachsen-Anhalt	237

Freiwillige Ausreisen mit REAG/GARP differenziert nach Ländern*	
Bundesland	Personen
Schleswig-Holstein	154
Thüringen	140
Gesamt	7.877

Datenquelle: IOM

\* Es handelt sich hier um vorläufige Zahlen (Bewilligungen); Stand: 13. Januar 2023.

Zu freiwilligen Ausreisen mit REAG/GARP differenziert nach dem Aufenthaltsstatus der Betroffenen vor der Ausreise können aus erfassungstechnischen Gründen nur die von der IOM bereitgestellten nachfolgenden Informationen zum Aufenthaltsstatus abgebildet werden.

Freiwillige Ausreisen mit REAG/GARP differenziert nach Aufenthaltsstatus*	
Personenkreis	Gesamt
Aufenthaltsgestattung	2.585
Einreise über Flughafen	k.A.
Aufenthaltserlaubnis	162
Duldung	2.574
Ausreisepflichtig ohne Duldung	2.018
Ehegatten, Kinder	11
Folgeantrag, Zweitantrag	76
Anerkannt Asylberechtigt, Flüchtlingseigenschaft, Subsidiärer Schutz	65
Völkerrechtliche Gründe	45
Familiennachzug	18
Opfer von Zwangsprostitution, Menschenhandel	k.A.
Nichtukrainische Drittstaatsangehörige aus der Ukraine	313
Gesamt	7.877

Datenquelle: IOM

\*Es handelt sich hier um vorläufige Zahlen (Bewilligungen); Stand: 13. Januar 2023.

22. Welche Angaben oder ungefähren Einschätzungen kann die Bundesregierung ergänzend dazu machen, wie viele Personen 2022 mit finanzieller Förderung der Bundesländer ausgereist sind (bitte die Gesamtzahlen nennen und nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten und den Bundesländern differenzieren)?
- Welche Zahlen und Programme welcher Bundesländer wurden bei diesen Angaben berücksichtigt, und welche nicht, und wie aussagekräftig sind diese Angaben mittlerweile?
  - Wann ist damit zu rechnen, dass die im Mai 2020 infolge des Zweiten Datenaustauschverbesserungsgesetzes geschaffenen Speicher-sachverhalte im Ausländerzentralregister zur einheitlichen Erfassung der durch die Bundesländer geförderten Ausreisen genutzt werden können, sodass die Bundesregierung über eine valide Datengrundlage verfügt?

Die Fragen 22 bis 22b werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung verweist auf ihre Antwort zu Frage 24 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/3130.

23. Wie viele Personen sind nach Angaben der Bundespolizei 2022 freiwillig mit einer Grenzübertrittsbescheinigung ausgereist (bitte nach den 15 wichtigsten Staatsangehörigkeiten und zwischen Land-, Luft- und Seeweg differenzieren)?

Im Jahr 2022 sind gemäß der Polizeilichen Eingangstatistik der Bundespolizei (PES) nach derzeitigem Stand 26 545 ausreisepflichtige Personen freiwillig ausgereist. Da die Grenzübertrittsbescheinigungen postalisch versandt werden, liegen noch nicht alle Meldungen vor, daher sind die Zahlen für 2022 noch nicht abschließend.

Die weiteren Angaben können den Tabellen entnommen werden:

Grenzart	Anzahl Personen
Landweg	963
Luftweg	25.259
Seeweg	217
Postrückläufer Auslandsvertretung	106

Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen
Gesamt	26.545
davon	
albanisch	2.938
chinesisch	2.506
mazedonisch	2.079
türkisch	1.946
georgisch	1.475
irakisch	1.117
serbisch	825
russisch	762

Staatsangehörigkeiten	Anzahl Personen
indisch	752
ukrainisch	670
vietnamesisch	641
moldauisch	596
bosnisch-herzegowinisch	528
iranisch	493
kosovarisch	473

24. Wie viele ausreisepflichtige Personen mit und ohne Duldung, wie viele ausreisepflichtige abgelehnte Asylsuchende (bitte differenzieren und jeweils nach Bundesländern auflisten) hielten sich nach Kenntnis der Bundesregierung zum 31. Dezember 2022 in Deutschland auf, und was waren die fünf Hauptherkunftsländer der Ausreisepflichtigen in den einzelnen Bundesländern (bitte in absoluten und relativen Zahlen für jedes Bundesland darstellen)?

Ausweislich des Ausländerzentralregisters (AZR) waren zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 304 308 Personen ausreisepflichtig, davon 248 145 Personen mit einer Duldung und 56 163 Personen ohne Duldung.

Bei 183 929 der insgesamt 304 308 ausreisepflichtigen Personen war ein abgelehnter Asylantrag gespeichert (davon 167 839 Personen mit Duldung und 16 090 Personen ohne Duldung).

Es ist darauf hinzuweisen, dass für die vorliegende Ausreisepflicht die im AZR gespeicherte Asylablehnung nicht zwingend ursächlich sein muss, da diese Entscheidung grundsätzlich gespeichert wird, bis die Voraussetzungen für ihre Löschung gegeben sind. Insofern kann die Asylablehnung ggf. eine längere Zeit zurückliegen. Weitere Differenzierungen können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Ausreisepflichtige mit abgelehntem Asylantrag nach Bundesland	Gesamt	Ausreisepflichtige ohne Duldung	Ausreisepflichtige mit Duldung
Alle Bundesländer	304.308	56.163	248.145
Baden-Württemberg	39.386	5.149	34.237
Bayern	39.153	9.243	29.910
Berlin	21.654	5.343	16.311
Brandenburg	10.706	3.065	7.641
Bremen	3.936	653	3.283
Hamburg	10.542	2.773	7.769
Hessen	17.821	4.092	13.729
Mecklenburg-Vorpommern	4.816	549	4.267
Niedersachsen	27.857	4.719	23.138
Nordrhein-Westfalen	74.168	10.557	63.611
Rheinland-Pfalz	12.259	2.721	9.538
Saarland	1.960	374	1.586
Sachsen	15.681	3.609	12.072
Sachsen-Anhalt	6.623	1.026	5.597
Schleswig-Holstein	12.397	1.667	10.730
Thüringen	5.349	623	4.726

Ausreisepflichtige in Baden-Württemberg	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	39.386	100,00 %
darunter:		
Gambia	4.822	12,24 %
Nigeria	4.526	11,49 %
Irak	4.413	11,20 %
Afghanistan	2.857	7,25 %
Türkei	1.798	4,57 %

Ausreisepflichtige im Freistaat Bayern	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	39.153	100,00 %
darunter:		
Irak	6.061	15,48 %
Nigeria	5.978	15,27 %
Afghanistan	3.965	10,13 %
Äthiopien	1.810	4,62 %
Iran	1.354	3,46 %

Ausreisepflichtige in Berlin	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	21.654	100,00 %
darunter:		
Moldau (Republik)	3.861	17,83 %
Ungeklärt	2.020	9,33 %
Irak	1.965	9,07 %
Russische Föderation	1.342	6,20 %
Georgien	1.111	5,13 %

Ausreisepflichtige in Brandenburg	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	10.706	100,00 %
darunter:		
Russische Föderation	2.539	23,72 %
Kamerun	743	6,94 %
Kenia	643	6,01 %
Afghanistan	574	5,36 %
Ukraine	537	5,02 %

Ausreisepflichtige in der Freie Hansestadt Bremen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	3.936	100,00 %
darunter:		
Albanien	428	10,87 %
Russische Föderation	353	8,97 %
Ghana	305	7,75 %
Serbien	269	6,83 %
Türkei	228	5,79 %

Ausreisepflichtige in der Freie Hansestadt Hamburg	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	10.542	100,00 %
darunter:		
Afghanistan	1.200	11,38 %
Irak	880	8,35 %
Iran	749	7,10 %
Russische Föderation	661	6,27 %
Ghana	615	5,83 %

Ausreisepflichtige in Hessen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	17.821	100,00 %
darunter:		
Afghanistan	3.039	17,05 %
Irak	1.893	10,62 %
Iran	1.267	7,11 %
Pakistan	1.201	6,74 %
Türkei	903	5,07 %

Ausreisepflichtige in Mecklenburg-Vorpommern	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	4.816	100,00 %
darunter:		
Russische Föderation	694	14,41 %
Ukraine	589	12,23 %
Afghanistan	361	7,50 %
Irak	344	7,14 %
Syrien	260	5,40 %

Ausreisepflichtige in Niedersachsen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	27.857	100,00 %
darunter:		
Irak	3.445	12,37 %
Serbien	1.603	5,75 %
Afghanistan	1.429	5,13 %
Türkei	1.327	4,76 %
Elfenbeinküste (Cote d' Ivoire)	1.273	4,57 %

Ausreisepflichtige in Nordrhein-Westfalen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	74.168	100,00 %
darunter:		
Irak	9.285	12,52 %
Serbien	4.660	6,28 %
Nigeria	3.685	4,97 %
Afghanistan	3.649	4,92 %
Guinea	3.551	4,79 %
Irak	9.285	12,52 %

Ausreisepflichtige in Rheinland-Pfalz	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	12.259	100,00 %
darunter:		
Afghanistan	1.943	15,85 %
Irak	836	6,82 %
Pakistan	723	5,90 %
Syrien	721	5,88 %
Somalia	719	5,87 %

Ausreisepflichtige in Saarland	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	1.960	100,00 %
darunter:		
Syrien	422	21,53 %
Irak	193	9,85 %
Serbien	139	7,09 %
Türkei	131	6,68 %
Afghanistan	105	5,36 %

Ausreisepflichtige im Freistaat Sachsen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	15.681	100,00 %
darunter:		
Russische Föderation	1.669	10,64 %
Irak	1.533	9,78 %
Afghanistan	1.073	6,84 %
Libanon	1.015	6,47 %
Indien	976	6,22 %

Ausreisepflichtige in Sachsen-Anhalt	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	6.623	100,00 %
darunter:		
Indien	825	12,46 %
Russische Föderation	446	6,73 %
Afghanistan	429	6,48 %
Benin	395	5,96 %
Guinea-Bissau	372	5,62 %

Ausreisepflichtige in Schleswig-Holstein	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	12.397	100,00 %
darunter:		
Irak	2.640	21,30 %
Afghanistan	1.624	13,10 %
Armenien	1.340	10,81 %
Russische Föderation	1.029	8,30 %
Iran	979	7,90 %

Ausreisepflichtige im Freistaat Thüringen	Anzahl der Ausländer im AZR	Anteil
alle Staatsangehörigkeiten	5.349	100,00 %
darunter:		
Irak	983	18,38 %
Afghanistan	640	11,96 %
Russische Föderation	423	7,91 %
Nordmazedonien	317	5,93 %
Serbien	280	5,23 %

25. Was ist der Bundesregierung zur Abschiebung eines Mannes aus Brandenburg über den Flughafen Frankfurt/Main in den Tschad am 13. Dezember 2022 bekannt (<https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/pm-der-initiative-barnim-solidarisch-gefluechteter-aus-dem-barnim-in-den-tschad-abgeschoben-die-abschiebung-konnte-nur-mit-heftiger-polizeigewalt-durchgesetzt-werden/>)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurde am 12. Dezember 2022 der vollziehbar ausreisepflichtige tschadische Staatsangehörige auf Veranlassung des Landes Brandenburg in den Tschad rückgeführt.

- a) Erfolgte die Abschiebung begleitet oder unbegleitet (falls sie begleitet erfolgte, bitte die Zahl der Begleitbeamtinnen und Begleitbeamten angeben)?

Die Rückführung der Person erfolgte unbegleitet.

- b) Kam es während der Abschiebung zum Einsatz von sogenannten Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt?

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurden keine Zwangsmaßnahmen oder Hilfsmitteln der körperlichen Gewalt eingesetzt.

- c) War bei der Abschiebung ein Arzt bzw. eine Ärztin anwesend?

Bei der Rückführung ist keine Ärztin oder Arzt eingesetzt worden.

- d) Wurden dem Betroffenen nach Kenntnis der Bundesregierung vor dem Flug oder während des Fluges Medikamente verabreicht?

Falls ja, um welche Medikamente handelte es sich dabei, und geschah die Einnahme freiwillig oder unter Anwendung von Zwang?

Nach Kenntnis der Bundesregierung sind keine Medikamente verabreicht worden.

- e) Welche Angaben kann die Bundesregierung dazu machen, wie häufig es 2020, 2021 und 2022 im Rahmen von Abschiebungen medizinische Begutachtungen sowie Eingriffe, wie z. B. Beruhigungsspritzen, mit bzw. ohne Einverständnis der Betroffenen gab, soweit die Bundespolizei beteiligt war (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Daten im Sinne der Fragestellung vor. Medizinische Begutachtungen und die Verabreichung von Medikamenten finden ausschließlich durch befugtes medizinisches Personal aus medizinischen Gründen statt.



26. Wie viele Abschiebungen aus Deutschland gab es in den Jahren 2007, 2008 und 2009 (bitte nach Jahren differenzieren und nach Staatsangehörigkeiten der Betroffenen auflisten)?

Die Angaben zur Beantwortung der Frage sind in einer Tabelle aufgelistet, welche aufgrund des Umfangs als separate Anlage\* beigefügt ist.

27. Wie viele rechts- oder bestandskräftige Ausreiseaufforderungen gab es seit 2012 pro Jahr (bitte gesondert die Zahl der abgelehnten Asylsuchenden mit rechts- oder bestandskräftiger Ausreiseaufforderung angeben und jeweils auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren), wie viele Abschiebungen und wie viele freiwillige Ausreisen gab es seitdem jeweils pro Jahr (bitte ebenfalls auch nach den zehn wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren), und wie viele Aufenthaltserlaubnisse nach den §§ 23a, 25 Absatz 4, 25 Absatz 5, 25a bzw. 25b oder 104a des Aufenthaltsgesetzes wurden in diesen Jahren erteilt (bitte nach Jahren und den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Umfassende Daten im Sinne der ersten Teilfrage zu Ausreiseaufforderung liegen nicht vor, da der Speichersachverhalt „Ausreiseaufforderung“ im AZR nur bis Juni 2019 von den zuständigen Stellen gemeldet werden konnte.

Im AZR waren zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 30.002 seit 2012 ausgesprochene Ausreiseaufforderungen erfasst. In 12.748 Fällen waren abgelehnte Asylbewerber betroffen. Zu beachten ist, dass anhand der Anzahl der Ausreiseaufforderungen, Ausreisen und Titelerteilungen nicht auf die Anzahl betroffener Personen geschlossen werden kann, da zu einer Person auch mehrere Eintragungen vorliegen können. Die weiteren vorliegenden Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

erlassene Ausreiseaufforderungen gesamt	30.002
davon im Jahr:	
2012	2.072
2013	2.852
2014	3.410
2015	4.219
2016	4.872
2017	4.697
2018	4.677
2019	3.203

erlassene Ausreiseaufforderungen gesamt	30.002
darunter:	
Serbien	3.500
Albanien	3.422

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/5795 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

erlassene Ausreiseaufforderungen gesamt	30.002
darunter:	
Ukraine	2.032
Nordmazedonien	1.933
Kosovo	1.523
Bosnien und Herzegowina	978
Türkei	978
Marokko	954
Russische Föderation	904
Nigeria	771

erlassene Ausreiseaufforderungen gegen abgelehnte Asylbewerber	12.748
davon im Jahr:	
2012	733
2013	1.466
2014	2.105
2015	2.380
2016	1.911
2017	1.630
2018	1.246
2019	1.277

erlassene Ausreiseaufforderungen gegen abgelehnte Asylbewerber	12.748
darunter:	
Serbien	3.735
Nordmazedonien	1.785
Albanien	1.737
Kosovo	975
Bosnien und Herzegowina	599
Nigeria	379
Montenegro	321
Pakistan	302
Russische Föderation	276
Türkei	209

Zu den freiwilligen Ausreisen:

Valide Daten zu geförderten freiwilligen Ausreisen liegen der Bundesregierung aus dem Bund-Länder-Programm REAG/GARP vor. Nach Kenntnisstand der Bundesregierung konnten seit 2012 freiwillige Ausreisen über das Programm - wie in der Tabelle dargestellt - bewilligt werden:

Erfolgte Ausreisen über REAG/GARP	199.738
davon im Jahr:	
2012	7.546
2013	10.251
2014	13.574
2015	35.514
2016	54.006
2017	29.522
2018	15.941
2019	13.053
2020	5.664
2021	6.790
2022 *	7.877

Datenquelle: Internationale Organisation für Migration (IOM)

\* Es handelt sich hier um vorläufige Zahlen (Bewilligungen); Stand: 13. Januar 2023.

Eine Aufschlüsselung der durch das Bund-Länder-Programm REAG/GARP geförderten freiwilligen Ausreisen, differenziert nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten (Staatsangehörigkeit und Herkunftsland können voneinander abweichen) zwischen 2012 und 2022, kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

2012	
Serbien	3.068
Mazedonien	1.401
Irak	511
Bosnien und Herzegowina	250
China	231
Russische Föderation	204
Iran	190
Türkei	148
Afghanistan	139
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	138

2013	
Serbien	3.191
Mazedonien	2.166
Russische Föderation	1.562
Bosnien und Herzegowina	681

2013	
Irak	402
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	281
Georgien	256
Iran	248
China	167
Vietnam	100

2014	
Serbien	3.990
Russische Föderation	2.135
Mazedonien	2.098
Bosnien und Herzegowina	1.249
Albanien	1.042
Georgien	504
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	338
Iran	273
Irak	182
China	155

2015	
Albanien	11.378
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	8.026
Serbien	6.155
Mazedonien, ehem. jug. Rep.	2.901
Bosnien und Herzegowina	1.699
Russische Föderation	884
Irak	723
Montenegro	635
Georgien	566
Iran, Islamische Republik	381

2016	
Albanien	16.888
Serbien	6.166
Irak	5.657
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	5.348
Mazedonien, ehem. jug. Rep.	4.581
Afghanistan	3.323
Iran, Islamische Republik	2.308
Montenegro	1.866
Bosnien und Herzegowina	1.448
Ukraine	1.283

2017	
Albanien	6.950

2017	
Mazedonien, ehem. jug. Rep.	2.948
Serbien	2.933
Irak	2.859
Russische Föderation	1.649
Kosovo (UNSC Resolution 1244)	1.449
Ukraine	1.360
Afghanistan	1.125
Georgien	1.094
Iran, Islamische Republik	1.050

2018	
Irak	1.802
Albanien	1.557
Russische Föderation	1.381
Nordmazedonien	1.239
Serbien	1.144
Georgien	1.058
Moldau, Republik	733
Ukraine	719
Armenien	699
Aserbaidshan	689

2019	
Irak	1.755
Georgien	1.067
Nordmazedonien	988
Russische Föderation	946
Armenien	842
Albanien	838
Serbien	799
Moldau, Republik	683
Ukraine	680
Iran, Islamische Republik	551

2020	
Irak	680
Georgien	518
Moldau, Republik	446
Russische Föderation	432
Albanien	409
Ukraine	355
Armenien	325
Iran, Islamische Republik	236
Nordmazedonien	220
Serbien	206

2021	
Russische Föderation	735
Irak	699
Georgien	669
Nordmazedonien	441
Aserbaidschan	359
Albanien	355
Armenien	285
Serbien	257
Iran, Islamische Republik	234
Moldau, Republik	220

2022*	
Nordmazedonien	1.398
Irak	907
Albanien	807
Georgien	683
Serbien	394
Russische Föderation	317
Bosnien und Herzegowina	268
Armenien	258
Algerien	250
Aserbaidschan	240

Datenquelle: IOM

\* Es handelt sich hier um vorläufige Zahlen (Bewilligungen); Stand: 13. Januar 2023

Zu freiwilligen Ausreisen ohne Förderung liegen der Bundesregierung keine umfassenden Erkenntnisse vor. Insbesondere erlangen die jeweils zuständigen Ausländerbehörden von einer freiwilligen Ausreise nicht immer zeitnah Kenntnis, sofern die ausreisenden Personen die Ausreise den Behörden nicht mitteilen (z. B. fehlende Vorlage einer Grenzübertrittsbescheinigung [GÜB]).

Die Angaben zu den erfassten GÜB der Bundespolizei, können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Freiwillige Ausreisen mit GÜB											
Staatsangehörigkeiten	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Gesamt	20.396	21.115	23.718	39.874	64.614	43.378	34.470	31.550	29.577	21.888	26.545
davon											
Albanien	127	195	322	7.839	13.483	6.151	2.459	2.291	2.286	1.979	2.938
Türkei	2.899	2.509	2.437	2.479	2.497	2.450	2.487	2.243	2.570	1.473	1.946
Kosovo	869	1.119	1.113	8.530	7.305	2.312	1.150	848	705	473	473
Russische Föderation	2.349	3.150	3.668	2.186	2.201	2.661	2.574	1.941	1.364	1.212	762
China	2.140	2.041	2.226	2.315	1.828	1.838	1.671	1.662	2.941	1.745	2.506
Irak	802	675	601	1.519	6.210	3.268	2.168	1.980	837	758	1.117
Ukraine	825	669	669	817	1.748	1.801	1.430	1.682	3.316	1.532	670

Freiwillige Ausreisen mit GÜB											
Staatsangehörigkeiten	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022*
Serbien	512	369	304	806	3.642	2.284	1.324	1.142	1.332	709	825
Nordmazedonien	380	424	454	602	2.543	2.088	1.197	1.152	1.164	934	2.079
Georgien	251	393	640	673	1.028	1.358	1.325	1.389	1.478	1.285	1.475

\* Vorläufige Zahlen, da postalischer Versandt.

Bei den Ausreisen mit einer GÜB kann es sich sowohl um geförderte als auch um nicht geförderte freiwillige Ausreisen handeln. Eine Addition mit den RE-AG/GARP-Daten ist, auch mit Blick auf die unterschiedlichen Datenquellen (IOM und Bundespolizei), daher nicht möglich.

Zu den Abschiebungen:

Abschiebungen											
Staatsangehörigkeiten	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Gesamt	7.650	10.197	10.884	20.888	25.375	23.966	23.617	22.097	10.800	11.982	12.945
davon											
Albanien	280	281	521	3.742	6.041	3.471	2.214	1.604	1.006	983	878
Serbien	1.500	2.017	2.177	3.627	3.781	2.374	1.479	1.038	754	639	795
Kosovo	564	846	792	5.956	5.043	2.772	1.259	758	317	403	262
Nordmazedonien	513	760	807	1.597	1.973	1.544	1.055	728	427	383	810
Russland	176	2.100	1.326	513	899	1.003	1.075	1.152	359	458	206
Georgien	233	247	265	292	451	698	1.128	1.242	995	1.200	953
Afghanistan	201	111	242	178	324	524	949	931	325	500	732
Nigeria	164	128	127	149	192	539	779	1.432	352	352	397
Irak	116	80	105	104	272	662	1.017	862	320	340	471
Syrien	78	57	99	203	626	581	753	494	248	470	707

Zu den erteilten Aufenthaltstiteln:

Angaben zu der letzten Teilfrage bezüglich der Erteilung bestimmter Aufenthaltserlaubnisse können zwei Tabellen entnommen werden, die in einer separaten Anlage\* aufgeführt sind.

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/5795 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

## Anlage

zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger u. a. und der Fraktion  
DIE LINKE, Bundestagsdrucksache 20/5372

Die Angaben zur Beantwortung der Fragen 10a, 10c, 10d und 10e sind in der Tabelle aufgeführt:

Datum	Abflughafen	1. Zielstaat	1. Zielstaat Rück- rückgeführte Personen	1. Zielstaat Beteiligte Bundesländer/ Bundespolizei	2. Zielstaat	2. Zielstaat Rück- rückgeführte Personen	2. Zielstaat Beteiligte Bundesländer/ Bundespolizei	Rückgeführte Personen Gesamt	Bundesbeamte	Federführender Staat/ Umsetzung der Rückführung	Kosten des Fluggerätes	Frontex Finanzierung
05.01.2022	Berlin	Moldau	37	BE	Bosnien und Herzegowina	9	BE, HH	46	53	BPOL	95.080 EUR	Ja
12.01.2022	Frankfurt/M	Pakistan	51	BW, BY, BB, HH, NI, NW, RP, BPOL		0		51	96	BPOL	316.225 EUR	Ja
18.01.2022	Hannover	Bangladesch	26	NW		0		26	75	BPOL	375.080 EUR	Ja
19.01.2022	Leipzig	Tunesien	17	BW, HE, SN, BPOL		0		17	50	BPOL	62.913 EUR	Ja
20.01.2022	Berlin	Georgien	43	BW, BY, BB, HH, HE, NI, NW, RP, SN, SH, BPOL		0		43	0	BPOL	97.500 EUR	Ja
21.01.2022	Berlin	Moldau	61	BW, BY, BE		0		61	72	BPOL	81.850 EUR	Ja
26.01.2022	Berlin	Russische Föderation	15	BY, BE, BB, NW, TH		0		15	38	BPOL	69.520 EUR	Ja
01.02.2022	Düsseldorf	Nordmazedonien	44	NW	Serbien	29	NW	73	47	BPOL	90.080 EUR	Ja
08.02.2022	Düsseldorf	Albanien	49	HH, HE, MV, NW, SH	Kosovo	10	NW	59	46	BPOL	94.080 EUR	Ja



08.02.2022	München	Pakistan	34	BY, BE, RP, SN, BPOL		0		34	98	BPOL	344.105 EUR	Ja
09.02.2022	Leipzig	Tunesien	15	BW, HH, HE, SL, SN, TH		0		15	53	BPOL	62.913 EUR	Ja
10.02.2022	Frankfurt/M	Nordmazedonien	31	BY, HE, ST	Serbien	36	BY, BB, HH, SL, ST, SH, TH	67	57	BPOL	70.050 EUR	Ja
11.02.2022	Berlin	Moldau	22	BY, BE	Bosnien und Herzegowina	43	BE, BB, NW, RP	65	58	BPOL	66.550 EUR	Ja
15.02.2022	München	Bulgarien	2	BY		0		2	18	BPOL	47.050 EUR	Nein
15.02.2022	Düsseldorf	Aserbaidshan	39	HE, NW, SH		0		39	47	BPOL	165.280 EUR	Ja
17.02.2022	Hannover	Russische Föderation	25	BY, BE, BB, HE, NI, NW, SH, TH		0		25	61	BPOL	69.150 EUR	Ja
22.02.2022	Köln/Bonn	Ghana	13	BW, HE, NW, SN, BPOL		0		13	52	BPOL	199.930 EUR	Ja
22.02.2022	Berlin	Moldau	43	BE, NI, BPOL	Serbien	25	BE, HH, NI, ST, TH	68	52	BPOL	65.050 EUR	Ja
24.02.2022	Berlin	Rumänien	5	BE, HH, NI, TH, BPOL		0		5	28	BPOL	46.050 EUR	Nein
24.02.2022	Leipzig	Georgien	11	SN	Armenien	0		11	29	AUT	0 EUR	Ja
03.03.2022	Berlin	Georgien	28	BW, BY, BE, BB, HH, MV, NI, NW, ST, TH		0		28	0	BPOL	97.500 EUR	Ja
08.03.2022	Hannover	Pakistan	26	BW, BY, BB, HE, NI, NW, RP, SN, SH		0		26	96	BPOL	337.746 EUR	Ja
10.03.2022	München	Griechenland	5	BY		0		5	13	BPOL	53.850 EUR	Nein
15.03.2022	Leipzig	Spanien	14	BW, MV, RP, ST		0		14	52	BPOL	60.050 EUR	Nein
15.03.2022	Düsseldorf	Nigeria	30	BW, BY, BB, NW, RP, BPOL		0		30	89	BPOL	415.080 EUR	Ja
16.03.2022	Leipzig	Tunesien	14	BW, BE, HE, MV, NW, SN		0		14	60	BPOL	62.913 EUR	Ja
22.03.2022	Düsseldorf	Nordmazedonien	38	NW	Serbien	49	NW	87	56	BPOL	100.880 EUR	Ja

29.03.2022	Hannover	Ghana	16	BW, BY, MV, NW, SH		0		16	57	BPOL	209.550 EUR	Ja
29.03.2022	München	Aserbaidshon	38	BY		0		38	78	BPOL	139.160 EUR	Ja
30.03.2022	Frankfurt/M	Tunesien	14	BW, BY, HE, NI, NW		0		14	38	BPOL	62.950 EUR	Ja
05.04.2022	München	Rumänien	13	BY		0		13	26	BPOL	54.520 EUR	Nein
07.04.2022	Hannover	Armenien	25	BB, HE, NW, RP, SH, TH		0		25	80	BPOL	80.050 EUR	Ja
07.04.2022	München	Georgien	58	BW, BY, BB, NI, SN, TH		0		58	0	BPOL	102.000 EUR	Ja
12.04.2022	München	Nigeria	30	BW, BY, NW, RP		0		30	92	BPOL	408.440 EUR	Ja
13.04.2022	Leipzig	Tunesien	16	BW, HH, MV, NW, SN		0		16	54	BPOL	65.413 EUR	Ja
13.04.2022	Berlin	Bosnien und Herzegowina	53	BY, BE, BB, NW, ST	Nordmazedonien	22	BY, ST, TH	75	56	BPOL	73.850 EUR	Ja
20.04.2022	München	Armenien	11	BY		0		11	37	BPOL	82.093 EUR	Ja
21.04.2022	Düsseldorf	Georgien	46	BW, BY, HE, NW, RP, SN, SH		0		46	0	BPOL	102.000 EUR	Ja
26.04.2022	Hamburg	Albanien	53	BY, NI, NW, SN, SH, TH	Kosovo	27	BY, HH, NI, NW, SH	80	75	BPOL	127.080 EUR	Ja
26.04.2022	München	Pakistan	32	BW, BY, HE, NI, RP, SN		0		32	72	BPOL	435.080 EUR	Ja
28.04.2022	Hannover	Ghana	19	BE, HH, MV, NW, ST, SH		0		19	66	BPOL	209.520 EUR	Ja
05.05.2022	Leipzig	Georgien	43	BW, BY, SN, ST, SH		0		43	0	BPOL	97.500 EUR	Ja
10.05.2022	Düsseldorf	Serbien	35	NW	Nordmazedonien	58	NW	93	54	BPOL	96.080 EUR	Ja
10.05.2022	München	Nigeria	29	BW, BY, HB		0		29	79	BPOL	420.080 EUR	Ja
11.05.2022	Leipzig	Tunesien	7	BW, BY, NW, SN, BPOL		0		7	34	BPOL	68.876 EUR	Ja
16.05.2022	Berlin	Serbien	36	BE, HE, MV, NI, TH		0		36	57	BPOL	68.050 EUR	Ja
19.05.2022	Düsseldorf	Aserbaidshon	29	BY, HE, NI, NW, RP		0		29	49	BPOL	139.920 EUR	Ja

24.05.2022	München	Serbien	17	BY, ST	Nordmazedonien	49	BW, BY, MV, NW, SN, ST, TH	66	59	BPOL	80.200 EUR	Ja
27.05.2022	Berlin	Armenien	17	BY, BE, SH		0		17	37	BPOL	97.550 EUR	Ja
31.05.2022	Düsseldorf	Albanien	47	NI, NW, SH	Kosovo	17	BY, NW, SH	64	57	BPOL	124.080 EUR	Ja
01.06.2022	Leipzig	Vietnam	15	BW, BE, BB, SN		0		15	56	BPOL	448.080 EUR	Ja
02.06.2022	München	Georgien	40	BW, BY, HE, NI, NW		0		40	0	BPOL	102.000 EUR	Ja
07.06.2022	Leipzig	Pakistan	16	BW, BY, NI, NW, SN		0		16	65	BPOL	505.080 EUR	Ja
08.06.2022	München	Gambia	18	BW, BY		0		18	73	BPOL	290.080 EUR	Ja
14.06.2022	Düsseldorf	Nigeria	28	BW, BY, NW, RP		0		28	93	BPOL	480.080 EUR	Ja
15.06.2022	Leipzig	Tunesien	24	BY, BE, HE, NI, NW, SN, TH, BPOL		0		24	50	BPOL	68.876 EUR	Ja
22.06.2022	Berlin	Bosnien und Herzegowina	62	BY, BE, BB, HH, NW, ST	Kosovo	8	BW, BY, BE, ST	70	62	BPOL	81.550 EUR	Ja
23.06.2022	Hannover	Georgien	50	BW, HH, MV, NI, NW, ST, SH, BPOL		0		50	0	BPOL	105.800 EUR	Ja
05.07.2022	Berlin	Pakistan	19	BY, BE, BB, NW, RP		0		19	54	BPOL	349.080 EUR	Ja
06.07.2022	Düsseldorf	Nordmazedonien	24	NW	Serbien	31	NW	55	58	BPOL	92.050 EUR	Ja
07.07.2022	Frankfurt/M	Albanien	47	BY, BB, HH, HE, NI, NW, RP, SL, SH	Kosovo	18	BY, HB, NI, NW, SL	65	48	BPOL	92.250 EUR	Ja
07.07.2022	Leipzig	Georgien	47	BE, SN		0		47	0	BPOL	101.100 EUR	Ja
07.07.2022	München	Rumänien	15	BY, NI		0		15	40	BPOL	55.075 EUR	Nein
11.07.2022	Berlin	Serbien	49	BY, BE, BB, HE, NI, SN, ST	Nordmazedonien	29	BB, HH, SN, ST	78	58	BPOL	83.050 EUR	Ja
12.07.2022	München	Nigeria	22	BW, BY, NI, RP		0		22	66	BPOL	362.080 EUR	Ja

19.07.2022	München	Aserbaidshan	26	BY, BE, RP		0		26	51	BPOL	148.010 EUR	Ja
21.07.2022	München	Georgien	38	BW, BY, HH, NI, NW, RP, SN, TH BPOL		0		38	0	BPOL	105.800 EUR	Ja
26.07.2022	Frankfurt/M	Gambia	16	BW, BY, HE		0		16	50	BPOL	268.050 EUR	Ja
26.07.2022	München	Griechenland	4	BY		0		4	26	BPOL	86.775 EUR	Nein
03.08.2022	München	Bulgarien	4	BPOL		0		4	19	BPOL	62.675 EUR	Nein
04.08.2022	Berlin	Georgien	34	BE, BB, MV, NI, NW, ST, SH		0		34	0	BPOL	101.100 EUR	Beantragt
09.08.2022	München	Moldau	63	BY, BE, BB, HE, RP, TH		0		63	51	BPOL	82.550 EUR	Ja
10.08.2022	Hannover	Nigeria	22	BY, BE, HH, NW, RP, SN		0		22	81	BPOL	345.080 EUR	Ja
17.08.2022	Frankfurt/M	Tunesien	10	BW, BE, HB, NI, NW, SN		0		10	31	BPOL	68.050 EUR	Ja
17.08.2022	Hamburg	Armenien	39	BW, BY, MV, NW, ST, SH, TH		0		39	55	BPOL	114.050 EUR	Ja
24.08.2022	München	Albanien	20	BY, RP, TH	Moldau	19	BY	39	72	BPOL	112.050 EUR	Ja
01.09.2022	Düsseldorf	Georgien	33	BY, NW, RP, SN, SH, BPOL		0		33	0	BPOL	105.800 EUR	Ja
06.09.2022	Frankfurt/M	Gambia	20	BW BPOL		0		20	52	BPOL	285.080 EUR	Ja
06.09.2022	München	Pakistan	29	BW, BY, NI, SH		0		29	96	BPOL	346.080 EUR	Ja
08.09.2022	München	Bulgarien	5	BPOL		0		5	22	BPOL	63.975 EUR	Nein
13.09.2022	Düsseldorf	Albanien	47	NW, ST	Kosovo	7	NW	54	59	BPOL	138.080 EUR	Ja
13.09.2022	Frankfurt/M	Nordmazedonien	34	HE, MV, NI, SN, ST, SH	Serbien	47	BY, NI, SN, ST, SH, TH	81	45	BPOL	85.050 EUR	Ja
14.09.2022	Leipzig	Tunesien	14	BW, HE, SN, SH		0		14	55	BPOL	67.876 EUR	Ja
14.09.2022	München	Nigeria	19	BY		0		19	20	Frontex		Ja

20.09.2022	Frankfurt/M	Nigeria	24	BW, BY, NW, RP		0		24	65	BPOL	338.080 EUR	Ja
22.09.2022	Hannover	Ghana	23	BW, BY, HH, HE, MV, NI, NW, SL, SN, SH		0		23	60	BPOL	238.648 EUR	Ja
22.09.2022	Leipzig	Georgien	18	BY, MV, NW, RP, SN, ST, BPOL		0		18	0	BPOL	101.100 EUR	Beantragt
27.09.2022	Düsseldorf	Serbien	46	NW	Nordmazedonien	29	NW	75	68	BPOL	96.080 EUR	Ja
27.09.2022	München	Rumänien	10	BY		0		10	28	BPOL	74.014 EUR	Nein
29.09.2022	Hannover	Moldau	43	BE, HE, NI, NW	Serbien	20	MV, NI, NW	63	69	BPOL	109.050 EUR	Ja
05.10.2022	Berlin	Moldau	50	BE, BB, HE		0		50	58	BPOL	88.050 EUR	Ja
05.10.2022	München	Bulgarien	6	BPOL		0		6	25	BPOL	68.275 EUR	Nein
11.10.2022	München	Moldau	15	BY, HE	Nordmazedonien	43	BY, BB, NI, SH, TH	58	49	BPOL	98.300 EUR	Ja
11.10.2022	Frankfurt/M	Pakistan	17	BW, BY, HE, NW, RP, SN		0		17	41	BPOL	367.080 EUR	Ja
18.10.2022	München	Nigeria	17	BY		0		17	66	BPOL	365.576 EUR	Ja
19.10.2022	Leipzig	Tunesien	15	BW, HE, NW, RP, SN, SH, TH, BPOL		0		15	43	BPOL	78.729 EUR	Ja
20.10.2022	Berlin	Georgien	37	BY, BE, BB, HH, NI, SN, ST, TH		0		37	0	BPOL	101.100 EUR	Ja
20.10.2022	München	Bulgarien	5	BPOL		0		5	22	BPOL	60.050 EUR	Nein
25.10.2022	Düsseldorf	Armenien	19	BY, MV, NW, SH		0		19	41	BPOL	129.050 EUR	Ja
26.10.2022	Leipzig	Kenia	13	BY, BE, BB, SH		0		13	47	BPOL	400.080 EUR	Ja
27.10.2022	Hamburg	Ghana	20	BY, BB, HH, MV, NI, NW, RP		0		20	62	BPOL	202.050 EUR	Ja
02.11.2022	Berlin	Moldau	65	BY, BE, NI		0		65	64	BPOL	80.080 EUR	Ja

03.11.2022	München	Georgien	43	BW, BY, NI, NW, RP, SN, TH		0		43	0	BPOL	105.800 EUR	Ja
08.11.2022	München	Bulgarien	5	BPOL		0		5	22	BPOL	59.075 EUR	Nein
08.11.2022	Frankfurt/M	Kongo, Demokratische Republik	3	BY, NW		0		3	8	BEL	15.875 EUR	Ja
10.11.2022	München	Gambia	20	BW, BY		0		20	69	BPOL	162.050 EUR	Ja
15.11.2022	Leipzig	Pakistan	15	BW, BY, BE, NI, NW, SN		0		15	63	BPOL	325.080 EUR	Ja
17.11.2022	Frankfurt/M	Albanien	55	BY, HB, HH, HE, NI, NW, RP, SN	Kosovo	31	BY, HB, NI, NW, SN, ST, SH, TH	86	39	BPOL	85.050 EUR	Ja
17.11.2022	Hamburg	Georgien	28	HE, MV, NI, NW, RP, SN, SH, TH, BPOL		0		28	0	BPOL	105.800 EUR	Ja
22.11.2022	Berlin	Spanien	4	MV, NI, NW		0		4	19	BPOL	58.501 EUR	Nein
22.11.2022	München	Bulgarien	5	TH, BPOL		0		5	22	BPOL	59.075 EUR	Nein
23.11.2022	Leipzig	Tunesien	20	BW, BY, BE, NW, SN, SH		0		20	53	BPOL	62.913 EUR	Ja
24.11.2022	Düsseldorf	Nordmazedonien	24	NW	Serbien	51	NW RP	75	79	BPOL	92.080 EUR	Ja
24.11.2022	Berlin	Georgien	59	BW, BY, BE, BB, HE, SN, ST, TH		0		59	0	BPOL	101.100 EUR	Ja
28.11.2022	Berlin	Moldau	29	BE, HE, NI, NW	Serbien	47	BY, BE, BB, HH, MV, NI, RP, SN	76	68	BPOL	94.150 EUR	Ja
29.11.2022	Düsseldorf	Nigeria	24	BW, BY, NW		0		24	98	BPOL	344.080 EUR	Ja
30.11.2022	München	Aserbaidshjan	23	BY, HE, NW RP		0		23	52	BPOL	165.080 EUR	Ja
01.12.2022	Düsseldorf	Georgien	35	HE, NW, ST		0		35	0	BPOL	105.800 EUR	Ja
01.12.2022	München	Bulgarien	5	BPOL		0		5	21	BPOL	57.075 EUR	Nein

05.12.2022	Düsseldorf	Albanien	42	HH, NI, NW , BPOL	Kosovo	19	BE, MV, NW	61	52	BPOL	124.080 EUR	
07.12.2022	München	Rumänien	13	BY		0		13	41	BPOL	58.050 EUR	Nein
08.12.2022	Hannover	Montenegro	50	BY, HH, HE, NI, NW, SN		0		50	53	BPOL	70.050 EUR	Ja
08.12.2022	München	Moldau	37	BW, BY, BE, BB, HE, NI		0		37	70	BPOL	98.050 EUR	Ja
14.12.2022	Leipzig	Tunesien	9	BY, MV, SN, ST		0		9	37	BPOL	62.913 EUR	
15.12.2022	Düsseldorf	Aserbaidshjan	20	HE, NW		0		20	53	BPOL	169.080 EUR	
15.12.2022	München	Georgien	49	BW, BY, HE, RP, SN, ST		0		49	0	BPOL	105.800 EUR	Ja
20.12.2022	Frankfurt/M	Nigeria	18	BW, BY, NW, ST		0		18	51	BPOL	396.080 EUR	Ja
20.12.2022	München	Bulgarien	6	BPOL		0		6	25	BPOL	57.075 EUR	Nein
21.12.2022	Leipzig	Ägypten	6	BB, SN, BPOL		0		6	27	BPOL	80.850 EUR	Ja

Zu 26:

Die Antworten kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

<b>Staatsangehörigkeiten</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Afghanistan	95	89	80
Ägypten	28	27	31
Albanien	259	226	199
Algerien	347	241	259
Angola	21	16	8
Äquatorialguinea	1	1	
Argentinien	1	3	5
Armenien	300	192	136

<b>Staatsangehörigkeiten</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Aserbaidtschan	68	55	60
Äthiopien	12	13	10
Australien	3	3	2
Bahamas		1	
Bangladesch	9	9	9
Belgien	8	4	5
Benin	7	4	3
Bhutan		1	
Bolivien	3	5	2
Bosnien-Herzegowina	180	171	147
Brasilien	56	60	56
Bulgarien	35	36	49
Burkina Faso	7		4
Burundi	1	3	2
Chile	40	35	26
China	104	73	89
Costa Rica	1	3	1
Cote d'Ivoire	12	11	9
Dänemark	2	1	1
Dominikanische Rep.	14	14	11
Ecuador	26	13	19
El Salvador		2	1
Eritrea	29	25	16
Estland	16	14	10
Fidschi	1	1	
Finnland	1		1
Frankreich	17	9	26
Gabun	1	1	



<b>Staatsangehörigkeiten</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Gambia	27	35	38
Georgien	206	156	180
Ghana	91	67	46
Griechenland	19	14	15
Großbritannien	18	17	13
Guatemala	3	2	1
Guinea	58	44	18
Guinea-Bissau	6		3
Guyana	1	1	
Honduras	1	1	2
Hongkong		1	
Indien	177	147	148
Indonesien	5	1	2
Irak	229	401	367
Iran	96	78	66
Irland		2	
Israel	14	8	7
Italien	81	90	79
Jamaika	1	6	4
Japan	1	2	2
Jemen	21	21	1
Jordanien	42	28	19
Kambodscha	1		
Kamerun	93	64	46
Kanada	7	3	3
Kap Verde			2
Kasachstan	43	40	24
Kenia	30	14	13

<b>Staatsangehörigkeiten</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Kirgisistan	7	6	6
Kolumbien	9	16	18
Komoren		1	1
Kongo	2	1	8
Kongo, Dem. Republik	32	29	18
Korea, Republik	6	7	3
Kosovo		216	699
Kroatien	165	130	104
Kuba	10	6	5
Kuwait		2	
Lesotho			1
Lettland	19	16	21
Libanon	113	62	103
Liberia	4	3	6
Libyen	15	9	6
Litauen	115	85	108
Luxemburg	1		1
Malaysia	6	12	15
Mali	8	3	2
Marokko	257	219	187
Marshallinseln	2		
Mauretanien	3	2	3
Mazedonien	196	178	171
Mexiko	6	13	14
Moldau	100	74	78
Mongolei	42	11	18
Montenegro	44	47	41
Mosambik	2	1	3

<b>Staatsangehörigkeiten</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Myanmar	2		
Namibia	1		1
Nepal	41	30	12
Nicaragua	2	3	1
Niederlande	54	86	49
Niger	11	7	2
Nigeria	256	290	260
Oman		1	
Österreich	22	22	11
Pakistan	79	46	40
Palästina	5		8
Panama	2	1	
Paraguay	2	2	4
Peru	8	9	7
Philippinen	16	24	18
Polen	205	155	166
Portugal	9	13	5
Ruanda	1	2	2
Rumänien	113	167	172
Russische Föderation	313	267	280
Schweden	1	3	4
Schweiz	7	6	3
Senegal	7	13	12
Serbien	895	807	542
Serbien u. Montenegro	360	2	1
Sierra Leone	22	16	49
Simbabwe	1	3	2
Singapur	2		1

<b>Staatsangehörigkeiten</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Slowakische Republik	21	14	16
Slowenien	5	9	10
Somalia	14	22	23
Sonst. Asien	5		
Spanien	9	17	11
Sri Lanka	44	56	43
staatenlos	5	12	20
Südafrika	4	3	2
Sudan	7	16	16
Suriname		1	
Syrien	66	107	96
Tadschikistan		2	2
Taiwan	3		
Tansania	2	2	5
Thailand	40	21	31
Togo	62	44	30
Trinidad u. Tobago		1	1
Tschechische Republik	30	18	31
Tunesien	106	102	87
Türkei	1.388	1.062	818
Turkmenistan	1		1
Uganda	5	7	1
Ukraine	261	185	143
Ungarn	33	36	33
ungeklärt	55	44	56
Uruguay	2		
USA	31	33	34
Usbekistan	5	3	3

<b>Staatsangehörigkeiten</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>
Venezuela	13	8	7
Vietnam	745	775	604
Weißrussland	76	64	38
Zentralafrikanische Rep.	2		
Zypern		1	

Zu 27:

Angaben zu der Anzahl erteilter Aufenthaltstitel in den Jahren 2012 bis 2022 kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Anzahl erteilter Aufenthaltstitel	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	<b>Gesamt</b>
Gesamt davon:	<b>47.833</b>	<b>49.859</b>	<b>51.808</b>	<b>51.631</b>	<b>53.848</b>	<b>57.468</b>	<b>63.597</b>	<b>64.859</b>	<b>60.442</b>	<b>69.683</b>	<b>65.828</b>	<b>636.856</b>
nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltserlaubnis auf Probe)				1	5	6	15	14	13	30	33	<b>187</b>
nach § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104a Abs. 1 Satz 2 AufenthG (Altfallregelung)	2	5	1	2	6	1	1		1	1		<b>5.241</b>
nach § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (Altfallregelung für volljährige Kinder von Geduldeten)	45	23	15	25	8	14	14	18	10	9	6	<b>152</b>
nach § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104a Abs. 2 Satz 2 AufenthG (Altfallregelung für unbegleitete Flüchtlinge)	44	14	18	16	17	9	10	9	7	5	3	<b>20</b>
nach § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104b AufenthG (integrierte Kinder von Geduldeten)				7	23	22	46	69	81	126	118	<b>163</b>
nach § 23a AufenthG (Härtefallaufnahme durch Länder)	10	12	10	29	26	20	24	8	10	7	7	<b>44.736</b>

nach § 25 Abs. 4 AufenthG (dringende persönliche oder humanitäre Gründe)				20	98	132	201	218	366	662	1.002	<b>74.891</b>
nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG (Verlängerung wegen außergewöhnlicher Härte)	131	155	156	131	180	213	212	295	397	419	437	<b>52.117</b>
nach § 25 Abs. 5 AufenthG (rechtliche oder tatsächliche Gründe)				24	235	430	651	838	1.362	2.524	3.921	<b>373.468</b>
nach § 25a Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: integrierter Jugendlicher/Heranwachsender)	244	278	264	262	310	339	427	697	905	1.055	1.019	<b>41.879</b>
nach § 25a Abs. 2 S. 3 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: Ehegatte/Lebenspartner)	1.413	686	670	320	474	305	386	274	282	220	211	<b>117</b>
nach § 25a Abs. 2 S. 5 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: minderjährige ledige Kinder)				210	933	1.330	1.871	2.413	2.960	5.134	7.332	<b>492</b>
nach § 25a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: Eltern)	1.296	1.486	1.460	1.614	2.137	2.453	2.970	4.775	6.941	8.746	8.001	<b>5.800</b>
nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: Geschwister)	2.898	2.790	2.903	2.911	3.401	4.396	4.870	5.013	4.891	5.742	4.921	<b>2.726</b>
nach § 25b Abs. 1 S. 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)	5.251	4.903	4.952	4.660	4.822	4.648	5.393	4.936	4.331	4.507	3.714	<b>22.183</b>
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei	7.162	9.548	11.476	11.389	9.498	6.747	6.212	4.905	2.878	2.391	2.685	<b>2.699</b>

nachhaltiger Integration: Ehegatte/Lebenspartner)												
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Minderjähriges Kind)	29.337	29.959	29.883	30.010	31.675	36.403	40.294	40.377	35.007	38.105	32.418	<b>9.985</b>

Anzahl erteilter Titel gesamt darunter:	Serbien	Kosovo	Türkei	Russische Föderation	Afghanistan	Nordmazed onien	Irak	Armenien	Albanien	Bosnien und Herzegowin a
		636.856								
Summe	78.496	65.670	49.976	28.472	26.097	25.292	22.988	19.196	18.426	17.434
nach § 104a Abs. 1 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltserlaubnis auf Probe)	56	59	8	1		4	8	2	2	3
nach § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104a Abs. 1 Satz 2 AufenthG (Altfallregelung)	1.176	2.113	439	76	65	60	102	23	13	116
nach § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (Altfallregelung für volljährige Kinder von Geduldeten)	40	33	15	5	5		2	4		2
nach § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104a Abs. 2 Satz 2 AufenthG (Altfallregelung für unbegleitete Flüchtlinge)	1	5	3		1		2			
nach § 23 Abs. 1 i.V.m. § 104b AufenthG (integrierte Kinder von Geduldeten)	43	30	11	4	4	4	3	3		6
nach § 23a AufenthG (Härtefallaufnahme durch Länder)	5.857	6.475	3.196	2.424	1.319	2.126	1.540	1.774	4.414	1.635
nach § 25 Abs. 4 AufenthG (dringende persönliche oder humanitäre Gründe)	1.456	1.343	1.847	5.691	1.315	584	1.443	399	278	651

nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG (Verlängerung wegen außergewöhnlicher Härte)	6.186	6.434	9.160	1.505	698	1.274	1.484	912	251	1.998
nach § 25 Abs. 5 AufenthG (rechtliche oder tatsächliche Gründe)	56.130	41.855	30.098	13.052	13.523	18.582	12.229	11.294	9.423	12.004
nach § 25a Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: integrierter Jugendlicher/Heranwachsender)	4.018	3.734	3.009	3.217	6.364	1.275	2.356	2.085	1.879	470
nach § 25a Abs. 2 S. 3 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: Ehegatte/Lebenspartner)	11	7	4	6	13	2	4	3	5	9
nach § 25a Abs. 2 S. 5 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: minderjährige ledige Kinder)	70	73	23	37	22	22	30	30	16	8
nach § 25a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: Eltern)	614	683	486	353	208	263	293	427	394	99
nach § 25a Abs. 2 Satz 2 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden: Geschwister)	287	352	342	162	85	151	139	128	131	58
nach § 25b Abs. 1 S. 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: integrierter Ausländer)	1.406	1.480	921	1.020	1.905	436	2.386	1.225	728	196
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Ehegatte/Lebenspartner)	213	222	80	167	135	108	243	210	189	34
nach § 25b Abs. 4 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration: Minderjähriges Kind)	932	772	334	752	435	401	724	677	703	145



*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*